



Weltverfolgungsindex 2024 – Schwerpunkte und Entwicklungen

INHALT

1. **Religiös motivierte Gewalt nimmt mit der Destabilisierung von Subsahara-Afrika zu**
2. **Ausländischer Einfluss in Afrika südlich der Sahara erstickt christliches Leben**
3. **Gewalt in Indien nimmt vor den Wahlen drastisch zu**
4. **Angriffe auf Kirchen durch Regierungen, Mobs und Extremisten in bislang höchstem Ausmass**
5. **Christen im Nahen Osten und in Nordafrika verlieren immer häufiger ihre Heimat**
6. **Nicaragua verschlechtert sich rapide**
7. **Nordkorea setzt sich wieder auf Platz 1 im Weltverfolgungsindex fest**
8. **Einige wenige Lichtblicke**

Religiös motivierte Gewalt nimmt mit der Destabilisierung von Subsahara-Afrika zu

Gewalt gegen Christen charakterisiert deren Verfolgung südlich der Sahara. Dieser Trend hat sich im Berichtszeitraum (1.10.2022-30.09.2023) des Weltverfolgungsindex (WVI) 2024 weiter verstärkt. In 26 Ländern südlich der Sahara wurden die Verfolgung und Diskriminierung von Christen als mindestens «hoch» eingestuft. 16 dieser Länder wiesen in der Unterkategorie Gewalt einen «extrem hohen» Wert auf. Vor einem Jahr lag die Zahl der Länder mit Werten in der Kategorie «extrem hohe» Gewalt bei 13. Ausschlaggebend für den allgemeinen Anstieg der Gewalt auf dem WVI 2024 war eine Zunahme der Angriffe auf Kirchen, christliche Häuser und Geschäfte. Ein Beweis für die zunehmende Intensität war beispielsweise in Äthiopien zu finden, wo die Zahl der Angriffe auf Kirchen und öffentliche christliche Einrichtungen wie Schulen stark anstieg, von 22 auf 284. In Burkina Faso und der Zentralafrikanischen Republik wurden gegenüber dem Vorjahr jeweils mindestens zehn Mal so viele Unternehmen von Christen zerstört, geplündert oder beschlagnahmt – jeweils weit über 1'000.

In den 26 Ländern südlich der Sahara mit mindestens «hohem» Gesamtverfolgungsniveau wurden während des 12-monatigen Berichtszeitraums des WVI 2024 mindestens 4.606 Christen wegen ihres Glaubens getötet. Und wie im Vorjahr entfielen etwa 9 von 10 dieser religiös motivierten Tötungen in den afrikanischen Ländern des WVI auf Nigeria. Die Zahl der Tötungen in diesen Ländern ist wahrscheinlich viel höher, da es in Konflikten und nach Konflikten oft schwierig ist, zuverlässige Berichte über die Auswirkungen von Gewalt zu erhalten.

Neben den tödlichen Angriffen ist die Vertreibung von Christen aus ihren Häusern und Gemeinden ein wichtiger Indikator für antichristliche Gewalt. Daten des in der Schweiz ansässigen Internal Displacement Monitoring Centre sowie des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge zeigen, dass Ende 2022 rund 34,5 Millionen Menschen als Vertriebene (Flüchtlinge und Binnenvertriebene) in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara lebten, die auf dem WVI mindestens ein «hohes» Mass an Verfolgung aufweisen. Von diesen 34,5 Millionen waren schätzungsweise 16,2 Millionen Christen.

Warum die Zunahme der Gewalt? Das Gesamtbild Afrikas ist komplex, und einzelne Vorfälle ereignen sich entlang eines breiten Spektrums lokaler Umstände. Ein roter Faden zeigt sich jedoch darin, dass extremistisch-islamische Gruppen die destabilisierenden Bedingungen auf dem gesamten Kontinent ausnutzen. Ein Beispiel: Die sich ohnehin verschlechternde Sicherheitslage in Mali ist mit dem endgültigen Abzug der französischen Truppen im November 2022 und dem vollständigen Abzug der UN-Mission (MINUSMA) bis Ende Dezember 2023 noch fragiler geworden, Angriffe von Dschihadisten nahmen zu. Ein weiterer Grund: Die Militärputsche, die 2023 einen Regimewechsel in Niger und Gabun erzwangen, waren nur die jüngsten in einer Reihe von Umstürzen, die bis in die Jahre 2022 und 2021 zurückreichen. Historisch gesehen sind Militärregime religiösen Minderheiten gegenüber eher nicht wohlgesonnen – in



Niger ist die Entwicklung allerdings anders: die Putschisten haben einen Christen in die Regierung berufen. Umstürze auf dem Kontinent sind nicht selten, ihr jüngstes Wiederaufleben weist hinsichtlich demokratischer Entwicklung jedoch auf einen Rückschritt hin – was für Religionsgemeinschaften ein Anlass zur Sorge ist.

Wie schon in den vergangenen Jahren boten die Risse in Regierungsführung und Sicherheit mehr Raum für dschihadistische Aktivitäten in Burkina Faso, Mali und Nigeria, aber auch in Somalia, Mosambik und anderen Ländern der Region. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch [dokumentierte](#) «weit verbreitete Tötungen, Vergewaltigungen und Plünderungen von Dörfern im Nordosten Malis» durch militante Dschihadisten seit Januar 2023.

Die stärkste Ausbreitung von Gruppen, die mit dem Islamischen Staat (IS) und Al-Qaida verbunden sind, geschieht in Afrika südlich der Sahara. Der östliche Teil der Demokratischen Republik Kongo (DRK) etwa ist zu einem sicheren Rückzugsort für die islamische Gruppe Allied Democratic Forces (ADF) geworden, die sich zur Gruppe Islamischer Staat bekannt hat. Die ADF versuchen, Uganda zu destabilisieren, und attackieren seit mehreren Jahren Kirchen und Christen im Nordosten des Kongo. Im Januar 2023 zündeten ADF-Kämpfer während eines Gottesdienstes in der Grenzstadt Kasindi (Ostkongo) eine Bombe, mindestens 12 Menschen wurden getötet und Dutzende verletzt.

In Nigeria haben Tausende von Mitgliedern der militanten Boko Haram zwar ihre Waffen niedergelegt, die Gruppe ist aber immer noch aktiv. Wesentlich aktiver ist jedoch die Gruppe ISWAP (Islamischer Staat - Westafrikanische Provinz), die für den Nordosten Nigerias und viele andere Landesteile eine grosse Bedrohung darstellt. Es kommt weiterhin zu Überfällen auf überwiegend christliche Kommunen mit Morden, Entführungen, sexueller Gewalt und der Zerstörung von Lebensgrundlagen, wobei ein Grossteil davon auf das Konto der militanten Fulani geht. Von all dieser Gewalt sind [Christen unverhältnismässig stark betroffen](#).

Ein Beispiel für die regelmässigen Gewaltausbrüche in Nigeria ist die Serie von Angriffen auf christliche Kommunen im Bundesstaat Plateau in der Zeit vom 17. April bis zum 10. Juli 2023, bei der laut einem [Bericht der Para-Mallam Peace Foundation](#) 315 Christen und 31 Muslime getötet wurden. Von den wochenlangen Angriffen waren nicht weniger als 6.603 Haushalte betroffen; 18.751 Menschen wurden vertrieben, fast ausschliesslich Christen, darunter 6.066 Waisenkinder im Alter von 0-5 Jahren. Diese Binnenvertriebenen wurden vorübergehend in 14 Lagern untergebracht, die von den lokalen Kirchenräten der Church of Christ in Nations (COCIN-LCC) betrieben werden.

Doch selbst wenn sie nicht speziell aus religiösen Gründen angegriffen werden, sind Christen in ganz Subsahara-Afrika im Rahmen der allgemeinen Konflikte in der Region, wie etwa in Äthiopien, Sudan und Kamerun, besonders gefährdet. Christen sind weiche Ziele, die praktisch ungestraft angegriffen werden können. Diese «Verfolgung aus Zweckmässigkeit» schränkt ihre Zukunftsaussichten sowie die ihrer Familien und künftiger Generationen erheblich ein.

Ausländischer Einfluss in Subsahara-Afrika erstickt christliches Leben

China und Russland bieten sich autoritären Regimes in der Region als Partner an. China stärkt zunehmend autokratische Regimes in Afrika durch Infrastruktur, Technologie und Ausbildung. Unternehmen wie Huawei dringen massiv in afrikanische Märkte ein. Nach Angaben des britischen Institute of Development Studies geben afrikanische Regierungen jährlich 1 Milliarde Dollar für Überwachungstechnologien aus. Der grösste Kunde ist das bevölkerungsreichste Land Afrikas, Nigeria - sowohl die Bundesregierung als auch die Regierungen einzelner Bundesstaaten. Auch Europa und die Vereinigten Staaten waren dem Bericht zufolge bereitwillige Verkäufer solcher Technologien, doch China hat ihnen hinsichtlich Marktanteilen längst den Rang abgelaufen.

Chinas Regierung hat Afrika als den wichtigsten Markt für den direkten Export seines autoritären Regierungsmodells erwählt. Auf einem neuen Campus in Tansania hat die Kommunistische Partei Chinas ihre erste Auslandsakademie eröffnet, die sich der Ausbildung politischer Führungskräfte nach dem Modell Pekings widmet: Ziel ist die Verschmelzung von Einparteienherrschaft mit Wirtschafts- und Sozialplanung. Politische Parteien aus sechs afrikanischen Ländern bildeten die ersten Kader der Akademie.

Ausländischer Einfluss in Afrika kam während des WVI-Berichtszeitraums auch aus Russland - genauer gesagt von der Wagner-Gruppe, einem privaten para-militärischen Unternehmen, von dem allgemein angenommen wird, dass es tiefe Verbindungen zur russischen Regierung hat. Die Gruppe war zunehmend in verschiedenen afrikanischen Ländern aktiv, darunter Burkina Faso, Mali, die Zentralafrikanische Republik, Mosambik und Madagaskar. Wagner ist für seine rücksichtslose Vorgehensweise zur angeblichen Eindämmung extremistischer Aktivitäten bekannt, sowie für Grausamkeiten gegenüber der Zivilbevölkerung, und hat sich in Afrika südlich der Sahara etabliert.

Wagner hat sich zu einer der am meisten gefürchteten Organisationen in der Sahelzone entwickelt, insbesondere in Burkina Faso, Mali und anderen Ländern, in denen ihre Präsenz spürbar war oder ist. Ihr Einfluss hat den Raum für Christen erheblich eingeschränkt. Es ist gefährlich geworden, sich gegen staatliche Ungerechtigkeiten oder die von Wagner verübten Grausamkeiten auszusprechen. Forscher in Burkina Faso und Mali stellen fest, dass es fast unmöglich und manchmal lebensgefährlich ist, die von dieser Gruppe begangenen Gräueltaten zu dokumentieren. Der kollektive Wunsch in der Region ist zweifellos, dass terroristische Gruppen bekämpft werden. Die Wagner-Miliz schont jedoch keine Zivilisten, was die Situation weiter verkompliziert. Die geopolitische Komplexität erschwert die Situation zusätzlich. Insbesondere Protestanten unter den Christen müssen mit Konsequenzen rechnen, wenn sie mit der Opposition westlicher Länder gegen Wagner-Aktionen in Verbindung gebracht werden. Die Bedrohung durch Wagner geht weit über Menschenrechtsverletzungen hinaus. Ihre Manipulation wichtiger Wirtschaftssektoren wie etwa des Bergbaus macht afrikanische Nationen anfällig für mehr Chaos und Instabilität.

Vor den Wahlen steigt die Gewalt in Indien drastisch an

In Indien, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt, stellt sich die Situation für Christen sehr unterschiedlich dar. Ihre Lage hat sich in einigen Landesteilen rapide verschlechtert und in anderen verbessert. Hinsichtlich Gesamtpunktzahl für das ganze Land hat sich die Religionsfreiheit für Christen nur um einen Punkt verschlechtert, wobei die Gewalt gegen Christen deutlich zunahm.

Kategorie / WVI Jahr	WVI 2022	WVI 2023	WVI 2024
Wegen ihres Glaubens ermordete Christen	10	17	160
Religiös motivierte Angriffe			
▪ auf christliche Kirchen, Schulen, andere Einrichtungen	47	67	2.228
▪ auf Häuser von Christen	91	180	5.900
▪ auf Unternehmen von Christen	2	37	1.572
Vertreibung von Christen aus ihren Häusern / ihrer Region	380	834	62.000

Das Epizentrum des Anstiegs von Gewalt und Vertreibung war der nordöstliche Bundesstaat Manipur, wo im Mai 2023 Feindseligkeiten zwischen der Mehrheitsethnie der Meitei und der Minderheit der Kuki ausbrachen. Das Begehren der politisch etablierten Meitei nach einem offiziellen (und privilegierten) Stammesstatus stiess auf den Protest der überwiegend christlichen Kuki. Die brachten vor, dass die Verleihung des offiziellen Status an die Meitei, die mehrheitlich hinduistische Gruppe ermächtigen würde, sich in Kuki-Gebieten anzusiedeln. Die anfänglich online geführten Auseinandersetzungen mit vielen Hassreden gegen die Kuki wurden plötzlich gewalttätig. Dabei wurden zahlreiche Menschen getötet – darunter mehr als 100 Christen – und Zehntausende von ihnen aus ihren Häusern vertrieben. Mehr als 400



Kirchen wurden zerstört, auch viele der Meitei – und zwar von Meitei-Stammesangehörigen –, was belegt, dass es kein ethnischer Konflikt zwischen Meitei und Kuki war, sondern ein organisierter Angriff auf die Christen in der Region.

Die Vereinten Nationen äusserten in einer [Erklärung](#) ihr Entsetzen über «Bilder von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Hunderte von Frauen und Mädchen aller Altersgruppen, die überwiegend der ethnischen Minderheit der Kuki angehören. Zu den berichteten Gewalttaten gehören Gruppenvergewaltigungen, das Zurschaustellen nackter Frauen in den Strassen, brutale Prügel mit Todesfolge und das Verbrennen lebendiger oder bereits getöteter Menschen.»

Die Bedingungen in den Flüchtlingslagern in Manipur und im benachbarten Bundesstaat Mizoram haben sich verschlechtert; die Vereinten Nationen haben auf eine energischere humanitäre Reaktion gedrängt. Die indische Regierung hat spät und langsam reagiert. Um Gewalt vorzubeugen, hat sie Anti-Terror-Einheiten eingesetzt, die jedoch Berichten zufolge ihr Mandat als Vorwand für Angriffe auf Minderheiten missbrauchen. Während der Unruhen wurden Internet und Telefonnetze abgeschaltet, davor und danach gab es zahlreiche Online-Fehlinformationen.

Der von Premierminister Narendra Modi und der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP) propagierte Hindu-Nationalismus befeuerte auch die Unruhen in Manipur und prägt grosse Teile des Landes. Extremistische Hindu-Nationalisten betrachten Christen als Fremdkörper im Land. Sie gehen, um ein rein hinduistisches Indien zu schaffen, deshalb auch gewaltsam gegen Christen vor. Christen mit hinduistischem Hintergrund werden oft unter Druck gesetzt, wieder Hindus zu werden.

Dies zeigte sich etwa in zunehmenden Feindseligkeiten gegen Christen in den Bundesstaaten Madhya Pradesh und auch in Chhattisgarh. Dort stellten Ende 2022 die Bewohner eines Dorfes 200 Christen aus 70 Familien ein Ultimatum: Sie sollten ihrem Glauben absagen oder das Dorf verlassen. Wer protestierte, wurde verprügelt. Ebenfalls Ende 2022 verhaftete die Polizei in Uttar Pradesh neun Pastoren wegen «Bekehrungsaktivitäten». Einer von ihnen hatte lediglich die Hochzeit für seine Tochter und ihren Mann ausgerichtet. Uttar Pradesh ist einer von 12 indischen Bundesstaaten mit Anti-Bekehrungs-Gesetzen. Christen werden oft beschuldigt, sie hätten den Glaubenswechsel vormaliger Hindus mit unlauteren Mitteln herbeigeführt. Deshalb gehen die Behörden mit Razzien und Verhaftungen gegen sie vor. Anklagen dieser Art gegen Hindus sind dagegen selten, obwohl sie Rückbekehrungsveranstaltungen zum Hinduismus mit Hunderten Teilnehmern durchführen.

Aktuell berät der Oberste Gerichtshof Indiens, ob die Kategorie der «scheduled caste», deren Mitglieder allgemein als Dalits (Unberührbare) bekannt sind, auf Muslime und Christen ausgeweitet werden soll. Das äusserst sensible Thema hat das Potenzial, grosse politische Unruhen auszulösen. Das lässt für die 2024 anstehenden indischen Parlamentswahlen weitere Unruhen erwarten. Religiöse Konflikte als politischen Zündstoff einzusetzen ist ein erprobtes Mittel der BJP, um die Kontrolle über die nationale Regierung zu behalten.

Angriffe auf Kirchen durch Regierungen, Mobs und Extremisten in bislang höchstem Ausmass

Die zehn Länder des WVI 2024, in denen die meisten Kirchen angegriffen wurden, sind: China, Indien, Nigeria, Nicaragua, Äthiopien, Ruanda, Sudan, Burkina Faso, Niger und Angola. Insgesamt wurden in diesen Ländern 14'129 Angriffe auf oder Schliessungen von Kirchen oder anderen christlichen Einrichtungen dokumentiert. Für alle von Open Doors im Rahmen des WVI 2024 gelisteten 78 Länder wurden insgesamt 14'766 Vorfälle registriert. Es wird jedoch von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen. Auf China entfallen mehr als 10.000 und auf Indien 2'228 Angriffe auf oder Schliessungen von Kirchen sowie ihren Einrichtungen.

Am stärksten betroffen von Kirchenschliessungen sind die sogenannten «Hauskirchen» in China. Die ihnen zugehörigen Christen trafen sich anfangs als kleine, nicht registrierte Hausgruppen. Bald wuchsen viele ihrer Versammlungen auf Hunderte oder Tausende von Christen an, die ihre wöchentlichen Gottesdienste oft in Hotels oder gemieteten Büroetagen feierten. Die Behörden nutzten jedoch die Massnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, um Versammlungen zu verbieten. Da vielfach Verbote nach Ende der Pandemie nicht aufgehoben wurden, treffen Hauskirchen sich wieder in kleinen Hausgruppen, die schwer aufzuspüren sind. Aber auch viele der staatlich anerkannten Kirchen werden gezwungen, zu schliessen und mit grösseren Kirchen zu fusionieren. Zahlreiche [behördliche Massnahmen](#) zur Regelung des religiösen Lebens zielen darauf ab, das kirchliche Leben zu schwächen oder zu verbieten.

Im Gegensatz zu China werden Angriffe auf Kirchen in Indien von aggressiven Mobs verübt. Wie in Kapitel 3 berichtet, kam es am 4. Mai 2023 in der Stadt Imphal in Manipur zu gewaltsamen Unruhen. Nach [Angaben von Erzbischof Dominic Lupon](#) von Imphal wurden dabei innerhalb der ersten 36 Stunden 249 Kirchen der mehrheitlich hinduistischen Meitei zerstört. Aber nicht etwa von den meist christlichen Kukis, sondern von Meitei-Hindus. Laut Lupon waren die Angriffe der Meitei-Mobs gut organisiert, auch durch die Gruppen Arambol Tenggol und Meitei Leepun. Der grösste Teil der Kuki-Bevölkerung wurde ebenfalls in den ersten 36 Stunden von denselben Banden brutal attackiert, die meisten flohen aus ihren Häusern.

In Nigeria, Burkina Faso und Niger werden Kirchen- oder öffentliche christliche Gebäude zumeist von islamistischen Gruppen angegriffen, tödliche Überfälle auf Gottesdienste sind nicht selten. Im Berichtszeitraum des WVI 2024 wurden rund 950 Angriffe in diesen Ländern erfasst, in Nigeria allein lag die Zahl bei 750.

Bei Angriffen auf Kommunen werden die Menschen oft vertrieben. So sind Christen gezwungen, ihre Häuser, Geschäfte, Felder, Kirchen und christlichen Einrichtungen (auch Friedhöfe) zu verlassen. Diese werden meist zerstört. Ihre Vertreibung kann vorübergehend, langfristig oder für immer sein.

Angaben zu Angriffen auf christliche Kommunen in Nigeria im WVI-2024 Zeitraum

Gesamtzahl der Angriffe auf christliche Kommunen, bei denen Christen getötet oder entführt wurden	1.099
Angriffe auf christliche Kommunen, bei denen 5 oder mehr Christen getötet wurden	323
Angriffe auf christliche Kommunen, bei denen 10 oder mehr Christen getötet wurden	157

Bei jedem Vorfall mit fünf oder mehr christlichen Opfern (siehe Tabelle) wurden mindestens zwei Kirchen oder kirchliche Einrichtungen (Schulen, Kindergärten) angegriffen oder verlassen, selbst in kleinen Kommunen. Je grösser die Kommune, umso höher die Zahl.

Algerien steht in der Liste der Länder mit Angriffen auf Kirchen zwar weit unten, dennoch ist die Situation dramatisch. 46 Kirchen im Land sind der Église Protestante d'Algérie (protestantischer Dachverband EPA) angeschlossen. Im Jahr 2023 sind nur noch vier davon geöffnet. Auch mehrere unabhängige Kirchen haben ihre Arbeit eingestellt. Diese Situation ist auf ein Gesetz von 2006 zurückzuführen, das die algerische Regierung verstärkt einsetzt, um Druck auf die EPA auszuüben. Sie lässt Kirchenführer verhören und wegen «Abhalten von Gottesdiensten ohne Genehmigung» oder ähnlicher Vergehen anklagen.

Mehrere Kirchenführer erhielten mündlich die Anweisung, ihre Kirchen zu schliessen. Das ist neu. In den vergangenen Jahren erhielten die Kirchen ein offizielles Schreiben mit der Anordnung zur Schliessung ihrer Kirchen, das vor Gericht angefochten werden konnte. Mindestens 18 Christen, darunter Leiter und andere in der Kirche aktive Personen, wurden zu Haftstrafen – oft auf Bewährung – verurteilt. Diese Massnahmen der Regierung zwingen die wenigen verbliebenen Kirchen zu erwägen, alle sichtbaren Aktivitäten im Jahr 2024 einzustellen. Der Raum für christliches und kirchliches Leben in Algerien schrumpft deutlich.



Christen im Nahen Osten und in Nordafrika verlieren immer häufiger ihre Heimat

Der jahrelange Bürgerkrieg in Syrien hat zur Zerstreuung der Christen im Land geführt und die Kirche geschwächt. Das verheerende Erdbeben im Februar 2023 hat ihre notvolle Lage noch verschlimmert. Syrien war nicht das einzige Land, in dem das christliche Leben so stark unter Druck geriet. So wurde etwa Algerien auf dem aktuellen WVI um 6 Punkte deutlich schlechter eingestuft. Auch Tunesien, mit einem zunehmenden Autoritarismus, hat sich verschlechtert.

Durch das Erbeben der Stärke 7,8 in der Türkei und Syrien richteten sich die Augen der Welt erneut auf Syrien. Auf dem WVI 2024 verschlechterte sich das Land um 1 Punkt. Der nur geringe Anstieg befördert das Land jedoch in die Kategorie «Extreme Verfolgung». Christen, die vor der Gewalt des Krieges an mehreren Fronten fliehen und inmitten der kollabierenden Wirtschaft überleben müssen, wurden leichte Ziele von Gewalt und von islamischer Unterdrückung. Deshalb haben sich viele aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen.

Militante islamische Gegner des Assad-Regimes, wie die Hay'at Tahrir al-Shām und Teile der Gruppe Islamischer Staat (IS), haben historische Kirchen zerstört oder besetzt, deren Leiter sind hinsichtlich Angriffe oder Entführungen besonders gefährdet. Christen in diesen Gebieten, die nicht gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben wurden, haben kaum die Freiheit, ihren Glauben zu bekennen.

In den von der Regierung kontrollierten Gebieten hängt die Haltung des Regimes gegenüber Kirchen davon ab, welchem Kirchenverband sie angehören. Obwohl alle Kirchen Druck erfahren, haben historische Kirchen wie die orthodoxe und römisch-katholische meist mehr Möglichkeiten, ihre Rechte zu verteidigen, als evangelikale Kirchen wie Baptisten und Pfingstler.

Christen sind in den anhaltenden Konflikten gefangen, werden jedoch auch in einigen Fällen gezielt attackiert. In Afrin etwa nehmen Berichten zufolge die von der Türkei unterstützten Truppen kurdische Christen ins Visier.

Infolge des katastrophalen Erdbebens wurden 90% der Menschen, die bereits mindestens einmal vor der Gewalt des Krieges fliehen und in Vertreibungslagern leben mussten, laut [Action for Humanity](#) erneut vertrieben. Das Beben «zerstörte nicht nur weitere Häuser, Schulen und Spielplätze für Kinder, sondern auch jegliches Gefühl von Sicherheit für so viele der am meisten gefährdeten Kinder und Familien», sagte der Direktor von UNICEF. Christliche Kinder waren ohnehin in einer verletzlichen Situation, da viele christliche Schulen wegen des Krieges geschlossen oder beschädigt worden waren und die Kinder auf staatliche (d. h. islamische) Schulen gehen mussten.

Zusätzlich haben wenige Wochen nach dem Beben Kämpfer der Hay'at Tahrir al-Shām Regierungstruppen angegriffen und der IS Anschläge verübt. Diese neuen Konflikte haben bei christlichen Familien eine weitere Migrationswelle ausgelöst. Sie erleben, dass sie bei ihren muslimischen Landsleuten nicht willkommen sind und damit auch nicht länger in ihrem Heimatland.

Auch in anderen Teilen des Nahen Ostens wird das christliche Leben nach und nach unerträglich. Im Jahr 2023 setzte die Türkei, um die Arbeiterpartei Kurdistans zu bekämpfen, ihre jahrelangen militärischen Angriffe auf den Nordirak fort, wo die meisten Christen des Irak leben. Die Kämpfe haben Christen, die vor der Gewalt geflohen waren, daran gehindert, in ihre Dörfer zurückzukehren.

Selbst der kleine, von irakischen Christen besiedelte Teil des Landes, ist zunehmend umkämpft. Eine paramilitärische Gruppe von Christen, die 2014 gegründet wurde, um die Invasion des IS im Nordirak zu bekämpfen, hat sich seitdem zu einer politischen Organisation entwickelt, die als «Babylon-Bewegung» bzw. «Babylon Brigaden» bekannt ist. Sie erhielt alle fünf für Christen reservierten Sitze im irakischen



Parlament mit insgesamt 329 Sitzen. Die Babylon-Bewegung gibt sich zwar als lokale christliche Kraft aus, rekrutiert sich jedoch grösstenteils aus schiitisch-muslimischen Gemeinschaften. Sie hat enge Verbindungen zur schiitisch-islamistischen Partei und zur paramilitärischen Badr-Organisation im Irak sowie zum Korps der iranischen Revolutionsgarden (IRGC). Seitdem wird sie der Korruption und anderer zwielichtiger Praktiken beschuldigt, was dazu führte, dass die USA ihren Anführer mit Sanktionen belegten. Im Jahr 2023 meldete sich dazu der Bischof der historischen katholisch-chaldäischen Kirche im Irak zu Wort. Er erklärte, dass die Verbindung von christlicher Identität mit der Zurschaustellung militärischer Gewalt – wie durch die Babylon Bewegung – eine Minderheit gefährdet, deren Existenz ohnehin schon instabil ist. Babylon seinerseits hat den Bischof beschuldigt, sich in die Politik einzumischen. Das Ergebnis: Der irakische Präsident zog das Präsidialdekret zurück, mit dem die Rolle und Autorität von Kardinal Sako anerkannt wurde, und verlegte daraufhin den Sitz des Patriarchen von Bagdad nach Erbil in Irakisch-Kurdistan. Dies alles erhöht den Druck auf die bedrängte christliche Minderheit.

Dieser Druck wird durch ein irakisches Wahlreformgesetz aus dem Jahr 2023 noch verstärkt, das den siegreichen grossen politischen Parteien die Möglichkeit gibt, die wenigen Parlamentssitze, die ethnischen und religiösen Minderheiten vorbehalten sind, zu verteilen. Kirchenführer verschiedener Konfessionen forderten ihre Kirchenmitglieder deshalb auf, die Parlamentswahlen im November 2023 zu boykottieren, falls eine Vertretung der Christen und der Schutz ihrer Interessen nicht gewährleistet werden könnten. Einem Länderexperten zufolge hat der Druck auf die Christen im Irak im vergangenen Jahr ausserdem zugenommen, nachdem im Juni 2023 in [Schweden](#) öffentlich Seiten des Korans verbrannt wurden. Der Druck auf Christen in Irakisch-Kurdistan erhöhte sich weiter, als zwei Christen der Blasphemie beschuldigt wurden, nachdem sie Online-Botschaften in sozialen Medien veröffentlicht hatten. Einer von ihnen wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, der andere musste das Land zu seiner Sicherheit verlassen, da ein Verfahren gegen ihn anhängig war. Die beiden Fälle wurden im Internet weithin bekannt gemacht, was zu einer Aufstachelung zum Hass gegen Christen in der Region führte.

In Nordafrika verstärkte die algerische Regierung im Jahr 2023 auf der Grundlage eines Gesetzes aus dem Jahr 2006 ihre Kampagne zur Schliessung von Kirchen, die der EPA (Église Protestante d'Algérie) angehören. Das hat den Raum für christliches Leben in Algerien im Vergleich zu den Vorjahren, in denen bereits zahlreiche Kirchen geschlossen worden waren, weiter verkleinert.

Libyen kletterte auf den dritten Platz des WVI 2024. Im Mai 2023 kam es in Libyen zu einem grösseren Zwischenfall, bei dem mehrere Christen muslimischer Herkunft [verhaftet](#) und zwei ausländische Christen [deportiert](#) wurden. Im Berichtszeitraum des WVI 2024 wurden Hunderte von Migranten [willkürlich von den libyschen Behörden festgenommen](#), darunter auch Christen aus Subsahara-Afrika und Ägypten. Es wird vermutet, dass mehrere von ihnen auch wegen ihres christlichen Glaubens ins Visier genommen wurden. Berichte über weit verbreiteten Menschenhandel, (sexuellen) Missbrauch, Folter und Erpressung gibt es in Libyen schon seit Jahren. Ihr Glaube macht christliche Migranten besonders anfällig für solche Misshandlungen und zwingt die meisten von ihnen, ihren Glauben streng geheim zu halten.

Tunesiens Punktzahl auf dem WVI 2024 ist weiter gestiegen, da Präsident Kais Saied weiter in den Autoritarismus abdriftet. Nach der Verhängung des Ausnahmezustands im Jahr 2021 setzte Saied den Premierminister ab, löste das Parlament auf, entliess die Richter und leitete Ermittlungen gegen politische Gegner ein. Im Jahr 2023 wurde ein wichtiger Oppositionsführer verhaftet, und Saied erntete internationale Kritik für eine Rede mit rassistischen Untertönen, in der er Afrikaner aus den Ländern südlich der Sahara beschuldigte, «Kriminalität und Gewalt» nach Tunesien zu bringen. Der daraus resultierende Volkszorn traf die Christen aus Subsahara-Afrika in Tunesien schwer, von denen viele ihren Arbeitsplatz verloren, während andere aus dem Land flohen.

Selbst im Libanon, wo der Anteil der Christen an der Bevölkerung grösser ist als in jedem anderen Land des Nahen Ostens, erleben die Christen einen Rückgang ihrer Privilegien und ihres Einflusses im nationalen



Leben. Angriffe auf Kirchen und christliches Eigentum nehmen zu. Auch wegen der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage denken viele Christen darüber nach, ihr Land zu verlassen.

Nicaragua verschlechtert sich rapide

In Lateinamerika fällt Nicaragua durch eine alarmierend negative Entwicklung auf. Vor einem Jahr noch auf Platz 50 des WVI hat sich das Land um 20 Plätze verschlechtert und steht nun auf Platz 30. Nicaragua legt mehr als 5 Punkte zu, was einem Negativ-Anstieg von 8,3 % entspricht, dem rapidesten Anstieg in Lateinamerika und einem der deutlichsten unter allen WVI-Ländern.

Kuba ist auf dem WVI zum schlechtest platzierten Land in Lateinamerika abgerutscht. Die kommunistischen Diktaturen in der Region haben ihre Kampagnen gegen die Glaubensfreiheit der Christen verstärkt, wie etwa in Nicaragua. Die Verfolgung in der Region nahm erheblich zu.

Der rasante Anstieg der Punktzahlen in Nicaragua ist auf die zunehmend offene Feindseligkeit der Regierung gegenüber den Kirchen zurückzuführen. Die Einschränkung der Religionsfreiheit erfolgt nicht mehr indirekt, sondern offen und mit einem für diesen Zweck massgeschneiderten juristischen Korsett. Wer die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung durch die Regierung kritisiert, wird – egal ob kirchlich oder säkular – verhaftet, ebenso auch deren Verteidiger. Universitäten und anderen Einrichtungen, die mit der Kirche verbunden sind, wurde die Zulassung entzogen. In christlichem Besitz befindliche Immobilien und Medien wurden beschlagnahmt. Katholische Priester und Bischöfe wurden der Spionage beschuldigt, etlichen die Staatsbürgerschaft entzogen, Nonnen und andere Kirchenvertreter wurden ins Exil gezwungen. Einige christliche Feiertage durften nicht öffentlich gefeiert werden. Nicaraguas Regierung schloss sogar ihre Botschaft beim Heiligen Stuhl.

Das wohl bekannteste Beispiel für die Unterdrückungskampagne seitens der Regierung begann in der zweiten Hälfte des Jahres 2022, als sie eine Vielzahl von Anschuldigungen gegen den Bischof von Matagalpa erhob. Bischof Rolando Álvarez, einem lautstarken Verfechter der bürgerlichen Freiheiten, wurde daraufhin die Staatsbürgerschaft entzogen. Als er sich weigerte, in die USA auszuwandern, wurde er im Februar 2023 zu mehr als 26 Jahren Gefängnis verurteilt. Laut dem Richter, der das Urteil im nationalen Fernsehen verkündete, «gelte der Bischof als [Landesverräter](#) und habe sich als Mittäter mehrerer Verbrechen schuldig gemacht: der Untergrabung der nationalen Integrität, der Verbreitung von Falschnachrichten durch Informations- und Kommunikationstechnologien, der Behinderung von Ämtern sowie des schweren Ungehorsams oder der Missachtung von Behörden. Dies alles sei geschehen in echtem Widerstreit und zum Schaden der nicaraguanischen Gesellschaft und des Staates Nicaragua.»

Die Verurteilung von Álvarez, seine Inhaftierung in Nicaraguas berüchtigtem Gefängnis Modelo und die Angriffe des Regimes auf die Religionsfreiheit im Allgemeinen und auf die katholische Kirche im Besonderen haben weltweit für Empörung gesorgt. Die Europäische Union hat eine förmliche Verurteilung ausgesprochen, während das US-Aussenministerium [Visabeschränkungen](#) für mitschuldige nicaraguanische Regierungsbeamte erlassen hat. Der Ständige Rat der Organisation Amerikanischer Staaten [warf Ortega vor](#), Nicaragua habe sich von seinen früheren Verpflichtungen gegenüber internationalen Pakten zum Schutz der «Gedanken- und Meinungsfreiheit sowie der Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit» abgewandt. Die UN-Menschenrechtsexpertengruppe für Nicaragua [erklärte](#) im September, dass die weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen im Land Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.

Die Unterdrückung der Kirche in Nicaragua fügt sich in die zunehmend autokratische Herrschaft des Ortega-Regimes seit der Wahl im Jahr 2006 ein, insbesondere seit der Niederschlagung des Aufkommens der pro-demokratischen Bewegung im Jahr 2018 durch die Regierung. Die will die Christen zum Schweigen zu bringen, und – weil sie Einfluss im Land haben – ihre Glaubwürdigkeit beschädigen, um die Verbreitung ihrer Botschaft zu verhindern. Insofern setzt Nicaragua mit seiner rasanten Verschlechterung auf dem WVI keinen neuen Trend, sondern zieht mit dem kommunistischen Einparteienstaat Kuba gleich.



Nordkorea setzt sich wieder auf Platz 1 im Weltverfolgungsindex fest

20 Jahre lang stand die Demokratische Volksrepublik Korea auf Platz 1 des WVI und galt als das Land, in dem es am schwierigsten ist, den christlichen Glauben zu leben. 2022 rutschte es kurz auf Platz 2 ab, gleich hinter Afghanistan, das im Sommer 2021 von den Taliban übernommen wurde.

Nachdem alle Christen, die dazu in der Lage waren, Afghanistan verlassen hatten und der schlimmste Teil der religiös motivierten Gewalt abgeklungen war - wenn auch keineswegs beendet -, rückte Nordkorea im Berichtszeitraum 2023 wieder auf Platz 1 des WVI.

In den Wochen nach der Ankündigung Pjöngjangs im August, die Grenze zu seinem westlichen Nachbarn wieder zu öffnen, hat China laut Human Rights Watch (HRW) Hunderte von nordkoreanischen Flüchtlingen in ihr Heimatland zurückgeschickt.

Die Organisation [berichtete](#), dass die chinesischen Behörden im August 80 Nordkoreaner und im September 40 weitere deportiert haben. Dann, Anfang Oktober – kurz nach Ende des 12-monatigen Berichtszeitraums für den WVI – schickte China laut HRW fünf Wellen von Konvois über die Grenze nach Nordkorea, und stützt sich in ihrem Bericht auf die Aussage «eines Missionars aus Südkorea mit umfangreichen Kontakten in Nordkorea und China». Insgesamt seien demnach bis zu 600 nordkoreanische Flüchtlinge in ihr Heimatland zurückgeschickt worden. Südkoreas Regierung [bestätigte](#) die Massenrückführung, machte aber keine Angaben zur Zahl der betroffenen Flüchtlinge.

Das Völkerrecht verbietet Zwangsrückführungen. Laut HRW sind «die Rückkehrer, zumeist Frauen, in grosser Gefahr, in Zwangsarbeitslagern festgehalten und mit Folter, sexueller Gewalt sowie Verschwindenlassen und Hinrichtung konfrontiert zu werden».

Es ist nicht bekannt, wie viele der deportierten Nordkoreaner Christen sind. Allerdings war die Null-Toleranz-Politik des Regimes gegenüber Christen schon immer ein starker Anreiz für sie, die Gefahren einer Ausreise zu riskieren. Versuchte Grenzübertritte waren jedoch seltener geworden, nachdem die Regierung die Grenze zu China im Jahr 2020 während der COVID-19-Pandemie geschlossen hatte.

Einige wenige Lichtblicke

Obwohl sich die Lage der Christen in Mali verschlechtert hat, ist erwähnenswert, dass die malischen Wähler im Juni 2023 einem Referendum über die Annahme einer neuen Verfassung zugestimmt haben. Dieser Schritt könnte den Weg für die Rückkehr zu einer zivilen Regierung und die Abhaltung von Neuwahlen im Jahr 2024 ebnen. Die Militärregierung hatte sich verpflichtet, auf die Rückkehr zur Zivilregierung hinzuarbeiten, nachdem die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten eine Reihe von Handels- und Finanzsanktionen aufgehoben hatte. Die neue Verfassung enthält eine klare Anerkennung der christlichen Minderheit im Land.

Inmitten der vielen Einschränkungen des christlichen Lebens in Indien gibt es auch positive Entwicklungen. Bei den Wahlen im Bundesstaat Karnataka im Frühjahr 2023 hat die Kongresspartei die hindu-nationalistische BJP verdrängt. Die Hindustan Times zitiert dazu den neuen Staatsminister Priyank Kharge der Kongresspartei mit den Worten, dass «viele Verordnungen und Gesetze unter dem vorherigen BJP-Regime, wie die Überarbeitung von Schulbüchern und Anti-Konversionsgesetze, gegen die Interessen des Staates gerichtet waren und überarbeitet oder zurückgezogen werden.»

Sri Lanka verschlechterte sich um 3 Punkte auf Platz 58 des WVI. Dennoch berichten Partner von Open Doors von Erfolgen bei der Ausbildung von Pastoren, die sich für ihre verfassungsmässigen Rechte einsetzen, was in einigen Fällen Kirchenschliessungen verhindert hat.